

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Eingelnummern 15 Goldmark (nur gegen Voreinsendung des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adenstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet ihr an die Wahlurne gerufen. Der Inflationsreichstag, eine zu ernster gesetzgeberischer Arbeit unfähige Körperschaft, ist aufgelöst und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des Deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt. Einig und geschlossen sandte sie bei jeder Wahl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staate, in dem der Reichstag nicht viel bedeutete, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag ganz etwas anderes. Heute geht die politische Macht vom Volke aus und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung zusammengesetzt, die er halten oder stützen kann, je nachdem er ihre Arbeit bewertet. So wählt heute der Wähler nicht nur den Reichstag, er wählt auch die Regierung. Seine Verantwortung bei der Wahl ist damit gegen früher gewaltig gewachsen. Und in dieser Zeit steht die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr einig und geschlossen da. Anstatt dem gemeinsamen Gegner auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auch dort in geschlossener Front gegenüberzutreten, wo die Machtverhältnisse gesetzliche Formen erhalten, wüten die Arbeiter gegeneinander, wobei sie ihre eigene Macht zerstören. Der Krieg und das Elend der ihm folgenden Jahre haben die politische Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes verhindert. Das Schlagwort konnte an die Stelle der politischen Einsicht treten. Das muß wieder anders werden.

Es wird von den Leuten, die sich Kommunisten nennen und die geschäftsmäßig die Zermürbung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, soviel vom Klassenkampf geredet. Dabei drücken sie eine der wichtigsten Stätten des Klassenkampfes auf den Boden einer Kadaverhöhle hinunter, in dem Bestreben, den Arbeitern den Reichstag und den Parlamentarismus zu vernein. Ober ist der Reichstag keine Stätte des Klassenkampfes. Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wüste Värmiszenzen aufgeführt werden oder praktische Arbeit geleistet wird?

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen Achtstundentag wieder bekommen sollen? Im Reichstag. Wo wird das Arbeitsvertragsgesetz, die Schlichtungs-

ordnung, das Tarifgesetz gestaltet? Wo wird die Arbeitslosenversicherung und wo wird die Reichsversicherungsordnung den Verhältnissen angepaßt? Im Reichstag.

Wo allein ist es möglich, das Koalitionsrecht zu sichern und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen? Im Reichstag. Wo wird die Verteilung der Lasten gesetzlich geregelt, die der Dawesplan uns gebracht hat? Wo wird über die Zollpolitik entschieden? Im Reichstag. Mit all diesen Gesetzen wird sich der Reichstag, der am 7. Dezember gewählt wird, zu beschäftigen haben.

Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seht, es handelt sich bei der Wahl nicht allein um hochpolitische Fragen, es geht auch um euer besonderes Recht. Es geht um die Bedingungen, unter denen ihr in der Fabrik und in der Werkstatt arbeiten sollt. Es geht um euer tägliches Brot. Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstag gekämpft wird. Und dieser Kampf kann nicht mit Kindertrumpeten geführt werden, wie es die Kommunisten tun, es gilt ernste, sachkundige Arbeit zu leisten.

Gewerkschaftsmitglieder! Es gibt nur eine Partei, auf die in all diesen Fragen Verlaß ist. Das ist die Sozialdemokratische Partei. Die bürgerlichen Parteien sind alle mehr oder weniger abhängig von euren Klassegegnern, den Unternehmern. Von ihnen könnt ihr keine Hilfe erwarten. Und die Kommunisten? Ohnede ihr habt Gelegenheit, deren Spaltungsarbeit zu beobachten, die die Kraft der Arbeiterklasse schwächt, die Macht der Kapitalistenklasse stärkt.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Gebt eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei! Sie war es, die euch durch ihre Volksbeauftragten erst das Wahlrecht in Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, damit der politischen Einflusslosigkeit des weiblichen Teils der Bevölkerung ein Ende gemacht werde.

Die deutschen Arbeiter müssen ihrem alten Ruf wieder Ehre machen, und ihr, Gewerkschaftsmitglieder, ihr seid der Vortrupp. Laßt euch nicht einfangen von Schlagworten. Werbt für die Partei erster proletarischer Arbeit. Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Um unser Wohl und Wehe

Am siebenten Dezember. Durch alle deutschen Gassen ziehen Scharen Männer und Frauen zu den Wahlstellen. Hier machen sie auf dem Stimmzettel am Kopfe irgendeiner Parteiliste ein Kreuz, stecken den Zettel in die Urne. Am Abend werden allerwärts die Stimmen gezählt, am nächsten Tage verkünden die Zeitungen, wieviel von dieser oder jener Partei Kandidaten verloren sind. Eine einfache Sache das Abstimmen; manche scheinen es indessen für so unwichtig zu halten, daß sie sich nicht zur Urne bemühen, sondern daheim bleiben und es den anderen überlassen.

Das Abstimmen ist zwar einfach, aber eine höchst wichtige Angelegenheit. Es ist das oberste Grundrecht eines politischen mündigen Volkes. Es ist das Recht, nach der besten aller Kulturvölker gestritten, geküßt und gebütet haben. Die Unterbrüder aller Völker und Zeiten, vor allem die deutschen Konservativen und Nationalliberalen, nach der Firmenänderung Deutschnationale und Volksparteiler geheißten, wußten wohl, warum sie sich gegen die Gewährung des gleichen Wahlrechts an die unteren Schichten mit Klauen und Zähnen sträubten. Denn es ist das Recht, mitzubestimmen, wie der Staat oder seine Bürger, wie du und ich regiert werden sollen. Es ist das Recht, festzulegen, ob der Arbeiter bei der Gütererzeugung geschützt oder mißhandelt, ob die Steuern vom kargen Verdienst der Proletarier oder vom mühelosen Gewinn der Reichen gedeckt, ob die Nahrungsmittel durch Zölle und Abgaben verteuert oder durch freie Einfuhr und sonstige Maßnahmen verbilligt werden sollen. Kurz, es ist das überaus wichtige Recht, über meine Wohlfahrt als Bürger und Arbeiter, über das eigene und meines Volkes Schicksal zu entscheiden. Ein solches Recht kann ganz bestimmt nicht nebenächlich sein. Und wer es ausüben unterläßt, der darf sich nicht beklagen, wenn er beherzigt, mißregiert, unterdrückt, wie ein Unmündiger behandelt wird.

Mit der bloßen Ausübung des ersten aller staatsbürgerlichen Rechte ist es nun freilich nicht getan. Ebenso wichtig ist, die richtige Partei zu wählen. Hierzu bedarf es einer Einsicht in das politische Getriebe, als auch einer gewissen Kenntnis des Luns und Trachtens der verschiedenen Parteien. Daß es daran unzähligen Arbeitern und ihren Frauen noch arg gebricht, zeigt der letzte Reichstag zur Genüge. Dessen überwältigende Mehrheit bestand aus bürgerlichen Parteibertrern, das sind halbe Freunde und ganze Feinde der Arbeiterklasse. Dies wäre sicherlich nicht der Fall gewesen, hätten nicht noch so unendlich viele Arbeiter mit ihren Frauen die Wahlpflicht verkümmert oder diese geseit ausgeübt. Was Trägheit und Unvernunft geboren, war auch danach. Wir bekamen diesen Reichstag zu spät an dem sinkenden Reallohn, den steigenden Preisen, den Schiedsprüchen der Lohnämter, der Verlängerung der Arbeitszeit und an vielem, vielem ähnlichen. Das Beste an diesem Reichstag war, daß er bald zum Teufel ging. Hätte er noch länger bestanden und gar die Notwendigkeiten, die sich aus dem Londoner Abkommen ergeben, zu erfüllen gehabt, die arbeitenden Schichten hätten ihr blaues Wunder erlebt.

Die Notwendigkeiten des Londoner Abkommens sind im Grunde nichts anderes als die Wiedergutmachung der Kriegsschäden, die Bezahlung der Reparationen. Daß Deutschland Jahr für Jahr 2500 Millionen Mark zu entrichten hat, ist hinlänglich bekannt. Wer soll diese Riesensummen aufbringen? Die Waage der armen Teufel, die an dem Krieg und an den wahrhaftigen Verwüstungen völlig unschuldig sind? Oder die, welche zum Kriege gehen, die ihn führten, um fremde Rohstoffgebiete zu erbeuten und darum die Beendigung des Massenmordes immer wieder verwehrt, für die der Krieg ein prächtiges Geschäft war? Diese schicksalsschwere Entscheidung hat der nächste Reichstag zu treffen. Dies weiß niemand besser, als die trugschuldigen, vom Krieg profitierenden Sippen. Nicht umsonst werfen sie jetzt Millionen aus zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, zur Vernebelung der Wähler. Ihre papierernen Schreimäschinen verkünden aufs neue, daß die bürgerlichen Parteien das deutsche Volk herrlichen Zeiten entgegenzuführen wollen. Wie sie das meinen, das sollte eigentlich nur jeder Arbeiter wissen. Die Millionen, die jetzt der Großunternehmer v. Borzig von den Industriellen für den Dummensinn sammelt, hoffen sie vervielfältigt wieder hereinzubekommen durch mehr oder weniger völlige Befreiung von den Kriegslasten. Ob sich diese Hoffnung erfüllt, wird von der Zusammenlegung des nächsten Reichstages abhängen. Durch seine Entscheidung wird das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse auf Jahrzehnte hinaus bestimmt. Die Entscheidung des Reichstages werden die Arbeiter an ihren Wotbissen, dem Einkommen, der Arbeitszeit spüren - wenn die Wahl zugunsten der kapitalistischen Parteien ausfällt. Refren diese nicht erheblich geschwächt in den Reichstag zurück, dann wird keine Macht der Erde verhindern können, daß die Arbeiterklasse den schwersten Teil der Kriegslast aufgebürdet bekommt. So wird am 7. Dezember darüber entschieden, wer die Kriegsschulden zu bezahlen hat.

In einer Zeit, wo die Gewerkschaften durch Arbeitslosigkeit und Geldentwertung geschwächt, ist der deutschen Arbeiterklasse der Achtstundentag geraubt worden. An diesem schmachvollen Raub sind Fabrikanten von allen bürgerlichen Parteien beteiligt. Er wurde durch Lun und Unterlassen von dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, einem Führer des christlichen Zentrums, sehr erleichtert. Der Raub wurde mit der Notwendigkeit, die Produktion zu verbilligen oder die Preise herabzusetzen, begründet. Obwohl nun seit langem ein starker Teil der Arbeiterklasse täglich anstatt acht neun, zehn und noch mehr Stunden für den nämlichen oder noch geringeren Lohn, der einst für acht Stunden gezahlt, schant, hat man von einer Senkung der Freize nichts gemerkt. Was die Arbeiter in der längeren Fronz arbeiten, stecken die Unternehmer als Mehrgewinn ein. Die Verlängerung der Arbeitszeit nützt niemandem als den Unternehmern. Mithin läuft der Raub des Achtstundentages auf einen Raub an des Arbeiters Freizeit, Gesundheit und Lebensdauer hinaus. Der neue Reichstag wird über den sozialdemokratischen Antrag auf Verlängerung des Achtstundentages, zu befinden haben. Es ist einleuchtend, daß wenn die Parteien, die von den Industriellen Wahlgelder und Anweisungen erhalten, in der Mehrheit sind, an die Annahme des sozialdemokratischen Antrages, an die Verkürzung des überlangen Arbeitstages nicht zu denken ist. Eine noch weitere Verlängerung ist dann wahrscheinlich. So wird am 7. Dezember auch über den Achtstundentag entschieden.

Eine reiche Zahl von Lohnbewegungen finden vor dem Schlichtungsamt ihr Ende. In der Regel entscheidet der amtliche Schlichter, ob das Verlangen der Arbeiter auf Lohn-erhöhung oder die Forderung der Unternehmer auf Lohnverschlechterung gelten soll. Von dem Spruch des Schlichters hängt es demnach ab, ob die Arbeiterfamilie ein paar Groschen mehr für Brot und Kleidung erhält oder ob der Fabrikant seinen Gewinn noch weiter mehren kann. Die Schlichter aber erhalten ihre Weisungen über das Maß ihres Entgegenkommens nach der einen oder der andern Seite von dem Ministerium. Es kann daher der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, was für ein Mann an der Spitze des Ministeriums steht, ob ein Sozialist oder Anhänger einer bürgerlichen Partei, die vom kapitalistischen Geiste befeelt ist. Die Minister aber gehen aus dem Reichstag hervor. Ist dieser in seiner Mehrheit aus unternehmerfreundlichen Parteien gebildet, werden die Minister unternehmerfreundlich sein. Und dementsprechend werden die Weisungen an die amtlichen Schlichter lauten.

So wird am 7. Dezember auch über die Spruchpraxis des Lohnämter entschieden.

Viele Hunderte von kommunistischen Arbeitern sind zu empörend langen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt worden. Ob sie sich der behaupteten Vergehen gegen die Gesetze der Republik schuldig gemacht haben oder nicht, bleibe dahingestellt. Es genügt die Tatsache, daß sich eine lange Reihe von Nationalisten und Angehörigen der alten Offizierskaste gleichfalls und jedenfalls in nicht geringerem Maße gegen die Republik verständig haben, ohne daß sie entsprechend bestraft worden wären. In der Regel kamen sie mit lächerlich geringen Strafen davon, wenn sie überhaupt prozessiert wurden. Das, was bei nationalistischen Missetätern so namenlos nachsichtig von der Justiz geahndet wird, kann unmöglich bei kommunistischen Arbeitern ein mit Zuchthaus zu ahnendes Verbrechen sein. Wenn die einen frei herumgehen können, ohne daß der Staat darunter leidet, so müssen es auch die andern können. Gleiches Recht für alle. Es muß darum alles daran gesetzt werden, daß die verurteilten Arbeiter mindestens nicht anders behandelt werden, wie die reaktionären Übeltäter. In der biblischen Zeit genügten schon Bosanen, um Mauern umzuwerfen. Da die deutschen Zuchthaus- und Gefängnismauern stärker sind, so werden sie nicht mit Bosanen, schon gar nicht mit Kindertrumpeten, Trillerpfeifen und Autohupen zu öffnen sein, sondern kaum anders als durch Verständigung mit all den Kräften und Abgeordneten, die der Verfassung der Arbeiter geneigt sind. Solange dazu auch nichtsozialistische Abgeordnete benötigt werden, dürfte es höchst unklug sein, sie abzustößeln. Das Beste, ja das einzige Mittel, die Freilassung bald zu bewerkstelligen, ist eine sozialistische Mehrheit.

So wird am 7. Dezember auch über die Freilassung der kommunistischen Arbeiter entschieden.

Noch niemand weiß, wieviel Jahre Deutschland die 2500 Millionen an die Sieger zu zahlen hat. Es ist natürlich für uns von ungeheurer Wichtigkeit, daß die Dauer der Zahlung möglichst bald und auf möglichst wenige Jahre festgelegt wird. An die Regelung dieser unsere Zukunft schwer beschattenden Frage wird jedoch erst dann gegangen werden, wenn eine friedlichere Stimmung die Völker beherrscht und sich ihr Vertrauen in das demokratische Deutschland gefestigt hat. Es ist klar, daß das Säbelraseln der Offiziere und das Revolvergeschrei der Nationalisten das Werden einer friedlicheren Weltstimmung erschwert, rein unmöglich macht. Als Maßstab für unsere friedliche und demokratische Stimmung nehmen die fremden Völker in erster Linie die Zusammenlegung des Reichstages. Bleiben in diesen wieder dermaßen viel völkische Offiziere und sonstige reaktionäre ein, dann können wir sicher sein, daß draußen in der Welt wenig Genetigkeit zur Regelung und Herabsetzung der Dauer der Reparationszahlung spricht. Je mehr ehrliche Demokraten und Sozialisten gewählt werden, desto größer die Aussicht auf Milderung und Herabsetzung der Tributzahlung.

So wird am 7. Dezember auch über die Erleichterung unserer Kriegsschuldenlast entschieden.

Damit soll es mit der Aufzählung der Dinge, die am Wahltage entschieden werden, sein Bewenden haben. Denn an diesen paar Beispielen dürfte der Arbeiter schon inne werden, wie ungeheure Bedeutung die Reichstagswahl hat. Sie entscheidet, ob sich unsere Lebenslage verbessert oder verschlechtert, ob sich unsere Rechte und Freiheiten vermehren oder vermindern, ob des Proletariats Zukunft lichter oder noch dunkler wird. So haben es die arbeitenden Schichten am 7. Dezember in der Hand, dafür zu sorgen, daß eine Verbesserung eintritt. Zu diesem Behufe hat jeder Arbeiter an Wahltag sein oberstes staatsbürgerliches Recht auszuüben, richtig auszuüben. Und bis dahin jede Stunde, jede Minute darauf zu verwenden, daß alle seine Klassen Genossen und Genossinnen das gleiche tun. Diese proletarische Pflicht nur halb oder gar nicht erfüllen, dürfte sich schwer rächen. Am 7. Dezember gehts ums Wohl und Wehe der Arbeiterklasse von heute und morgen. Und wer für ihr Wohl am nachdrücklichsten wirken will, dem ist zu raten:

Wähle sozialdemokratisch.

Die „gute alte Zeit“

Man sagt oft darüber, daß die Menschen doch ein recht kurzes Gedächtnis haben. Diese Klage erscheint namentlich bei solchen als angebracht, die an der deutschen Republik — teils zwar mit Recht, teils aber auch mit Unrecht — viel auszusetzen haben. Vor allen Dingen scheinen solche Leute ganz vergessen zu haben, wie wenig Bewegungsfreiheit die organisierte Arbeiterschaft noch vor wenigen Jahrzehnten hatte, daß aber ihre Gegner der größten Bewegungs-, Schimpf- und Betätigungsfreiheit erfreuten und sie recht oft nicht nur zum Schaden der Arbeiterklasse, sondern auch häufig zum Schaden der Allgemeinheit anwandten. Den läppigsten Gebrauch von solcher einseitigen Betätigungsfreiheit machte der Hohenzoller, der vor sechs Jahren sein „kostbares Leben“ nach Holland hinüberreiste. Er befand sich damals auf der „Höhe seiner Macht“. Allerdings glaubte er in Deutschland ein „persönliches Regiment“ führen zu können und war doch weiter nichts als das Werkzeug der damals erst richtig hochkommenden Schwerindustrie. Die Schwerindustriellen geben Heber das Vielfache der Summen, die die Bewilligung der Arbeiterwünsche erfordert hätte, für Streikbrecher aus. Diese wurden oft weit hergeholt und es befand sich vielfach ein gemeingefährliches Gefindel unter ihnen. Nichtsdestoweniger wurde diesen Stützen des Kapitalismus von Unternehmern, Polizei und Gerichten der liebevollste Schutz zuteil. Wer diesen Hauszweifeln das Wort „Streikbrecher“ zurief, mußte ohne Gnade ins Gefängnis wandern; höchstens „Arbeitswilliger“ durfte man sagen. Es bildeten sich Banden von gewerksmäßigen Streikbrechern. Deren Leiter standen mit den Unternehmern in Verbindung und schickten ihre Leute von Ort zu Ort, wo gerade gestreikt wurde. Um ehrliche Arbeit war es ihnen nicht zu tun, vielmehr darum, eine Zeitlang auf Kosten der Unternehmer ein verhältnismäßig gemächliches Leben führen zu können. Wenn der Streik aufhörte, verschwanden sie wieder und beglückten einen andern bestreikten Unternehmer mit ihrer „Tätigkeit“. Die Unternehmer legten in solchen Fällen gewöhnlich weniger Gewicht darauf, daß die liegegebliebene Arbeit ausgeführt wurde, als darauf, daß das Erscheinen dieser Banden eine einschüchternde Wirkung auf die kämpfenden ausübten sollte. Dem entsprach auch das Auftreten der Streikbrecher. Unter diesen befanden sich viele, die schon die schlimmsten Vergehen und Verbrechen hinter sich hatten und denen das Streikbrecherleben gefiel, weil es ihnen neben einem verhältnismäßigen Wohlleben noch die Möglichkeit bot, ihren gewalttätigen Neigungen gelegentlich freien Lauf lassen zu dürfen. Viele von ihnen gingen bewaffnet, und die Polizei sah darüber hinweg. Sie mußten es schon arg treiben, bis die Schutzleute dazu kamen, ihnen die Schieß- oder anderen Waffen abzunehmen. Bei einem Streik in Mitteldeutschland riefen die Streikbrecher den Streikenden zu: „Wir Arbeitswilligen dürfen einen toffschlagen!“ Und in der Tat, es kam wiederholt vor, daß Streikbrecher Streikende ermordeten und naher vom Gericht wegen „Notwehr“ freigesprochen wurden, obgleich eine solche sicher nicht angenommen worden wäre, wenn es sich um andere Personen gehandelt hätte.

Bei dem herausfordernden Auftreten dieses Gefindels drohten den Arbeitern natürlich oft die Gasse überzulaufen. Ferner wurde es den kämpfenden in jeder Weise erschwert, diejenigen Klaffenschnitten über den Späterhalt aufzuklären, die — oft unter Vorpiegelung falscher Tatsachen — von den Unternehmern herangeführt worden waren, damit sie die Arbeitsplätze der Streikenden einnehmen sollten. Welche dem Streikenden aber ausgesparten, der dem Arbeitswilligen ein auch nur etwas hartes Wort sagte! Nach § 153 der Gewerbeordnung konnte dies nur mit Gefängnis „geahndet“ werden.

Aber all das war den Unternehmern noch nicht genug. Um diese Zeit tauchte auch das Wort „Scharfmacher“ auf. Damals trieb ein Freiherr v. Stamm, auch „König Stamm“ genannt, sein Wesen. Er war Großindustrieller in Remscheid, rühmte sich der persönlichen Freundschaft Wilhelms II. und zeichnete sich durch besonders verbotenen Haß gegen die Arbeiterbewegung aus. Er soll gesagt haben (und zum Glück war es ihm), daß er das nächste Bestimmte mit dem Kaiser bezeugen werde, was diesen gegen die Arbeiter „scharf zu machen“. Die Folge war natürlich, daß Stamm den Spottnamen „Scharfmacher“ erhielt, eine Bezeichnung, die bald auf jeden Haßer der Arbeiterklasse übertragen wurde. Wilhelm II., der in seinen zahlreichen öffentlichen Reden die Arbeiter als „vaterlandsliebe Gesellen“ und dergleichen bezeichnet hatte, ließ sich denn auch „scharfmachen“.

Was im Werke war, Unidigte Wilhelm II. am 11. Juni 1897 an, als er die Bodelschwinghschen Anstalten bei Bielefeld besichtigte. In einer seiner unvermeidlichen Reden verkündete er als sein Programm:

Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines nationalen Mittelstandes, christliche Erziehung jedes Knaben und die höchste Stufe des, der sich unterzieht, eines Lebensstandes, der arbeiten will, an freierwilliger Arbeit zu haben.

Daß es sich um mehr handelte, als um eine der beim verstorbenen Kaiser beliebten Redeflüten, möchte man erkennen, als ein am 11. Dezember 1897 verfaßtes vertrauliches Rundschreiben des Grafen v. Posadowsky vom Reichsamt des Innern an die einzelnen Landesregierungen den Weg in die Öffentlichkeit

Vom Wandel der Bauformen

Es nicht läßt sich so deutlich der Wandel der Zeiten habieren, als an den Bauwerken. Die Bauformen sind jaungen der fortgeschrittenen Ausdrucks gewisser Zeiten in der Gestaltung der menschlichen Gesellschaft. Mehr oder weniger deutlich prägt jede Zeit ihren eigenen Charakter, an dem sie immer lebendig ist. Die Ursachen des Wandels im Baustil liegen einmal in den wirtschaftlichen Bedürfnissen und sozialen Verhältnissen einer Zeit und zum andern im jeweiligen Geist und Lebensgefühl der Menschheit begründet.

Was den Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse und sozialen Bedürfnisse auf den Baustil anbetrifft, so können wir diesen zunächst leicht feststellen. In den Zeiten, da Fürsten und Herrscher über ihre Untertanen herrschten und sie gehörig einschüchtern, ließen sie sich herrliche Paläste, Festungen und Schloßer bauen. Einmal, als der Mensch sich von der Natur gelöst hatte, haben wir noch heute die herrlichen Tempel und Kirchen erblickt, die den Menschen im Bewußtsein der Überlegenheit über die Natur und die Überlegenheit über die Untertanen ein angemessenes Dasein fand. Das ganze alte Ägypten und das alte Rom zeigt uns, daß die Bauwerke der Menschheit ein Spiegelbild der menschlichen Seele sind. Über uns haben wir die gotischen und romanischen Kirchen erblickt, die den Menschen in der Überzeugung der Überlegenheit über die Natur und die Überlegenheit über die Untertanen ein angemessenes Dasein fand. Das ganze alte Ägypten und das alte Rom zeigt uns, daß die Bauwerke der Menschheit ein Spiegelbild der menschlichen Seele sind.

Der weltliche Mensch findet die geistlichen darin in nichts nach. Als die weltliche Kirche und gleichgültig neben oder gar über der weltlichen Stadt fand und durch andere gelübte Befolgung

land. Darin wurde nachgefragt, ob die bisherigen Gesetze zum Schutze der Streikbrecher ausreichend seien und welche Vorschläge zu einem etwa gewünschten stärkeren Schutze die Landesministerien machen könnten. Nun wurde die Öffentlichkeit unruhig, und es machte sich auch in den Kreisen außerhalb der Arbeiterschaft starke Entrüstung gegen diese Bestrebungen bemerkbar. Daß damit keine Ehre eingulegen war, sahen fast alle Deutschen ein. Wilhelm II. war einer der wenigen, deren Einsicht nicht soweit reichte. Am 16. September 1898 hielt er im Deeghausem wiederum eine seiner Reden. Diese enthielt folgendes:

Der Schutz der deutschen Arbeit, der Schutz desjenigen, der arbeiten will, ist von mir im vorigen Jahre in der Stadt Bielefeld feierlich versprochen. Das Gesetz, das ich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein, wer er will, und heissen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Die Strafe habe ich damals versprochen und ich hoffe, daß das Volk in seinen Vertretern zu mir stehen wird, um unsere nationale Arbeit in dieser Weise, soweit es möglich ist, zu schützen.

Dieser „Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ wurde am 26. Mai 1899 dem Reichstag zugestellt. Darin wurde die in dem bisherigen, auch schon reichlich unheilvollen § 153 der Gewerbeordnung enthaltene Strafbestimmung bis auf ein Jahr erhöht, und nur bei mildernden Umständen sollte auf Geldstrafe bis zu 1000 M. erkannt werden können. Wer die darin bedrohten Handlungen „gewerksmäßig“ beging, sollte nicht unter drei Monate Gefängnis erhalten. Der § 4 stellte das Streikposten stehen unter Strafe, auch dann, wenn der Streikposten sich nicht das geringste zuschanden kommen ließ. Um eine Verstrafung des „Schuldigen“ herbeizuführen, sollte es nicht notwendig sein, daß die von der im Gesetzentwurf angenommenen Verleumdung, Täuschung oder Sachbeschädigung Betroffenen einen Strafantrag stellten. Wenn sonst jemand beleidigt wird, so ist zur Strafverfolgung ein Antrag des Beleidigten beim Gericht nötig. Selbst die höchsten Beamten des Reiches bis zum Reichskanzler mußten dies tun, wenn sie gegen einen Beleidiger gerichtlich vorgehen wollten. Eine Ausnahme machten nur die früheren Fürstlichkeiten. Diesen nahm der Staatsanwalt die Arbeit ab. In diesem Punkte sollten also die elenden Tröpfe, die sich zum Streikführer hergaben und sonst noch zu den anrüchlichsten Subjekten gehörten, den Fürsten gleichgestellt sein. Es hagelte bald die heftigsten Witze über „Seine Majestät den Streikbrecher“. Wenn aber der Arbeiterausstand oder die Aussperrung die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden oder eine „gemeine Gefahr für Menschenleben oder für das Eigentum herbeizuführen“ geeignet sei, so sollte auf bis zu drei Jahren Zuchthaus, gegen „Räufelstörer“ auf bis zu fünf Jahren erkannt werden können!

Es war einfach haarsträubend, und unsere jüngeren Kollegen können sich gar nicht vorstellen, wie uns damals zumute war. Eine ungeheure Entrüstung bemächtigte sich nicht nur der Arbeiterschaft, sondern darüber hinaus aller anderen rechtlich Denkenden. Die Generalkommission der Gewerkschaften organisierte den Kampf gegen die Zuchthausvorlage, wie sie bald allgemein genannt wurde, und fand bei der Arbeiterschaft eifrigste Unterstützung. Bei den wiederholten Verhandlungen im Reichstag schlugen nicht nur die sozialdemokratischen Abgeordneten eine scharfe Rüge gegen diese Vorlage, sondern auch ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten konnte es nicht über sich gewinnen, einem solchen Schandgesetz zuzustimmen. Am 20. November 1899, also vor nunmehr 25 Jahren, lehnte der Reichstag die Zuchthausvorlage ab.

Es hat sich ja nach wie vor gezeigt, daß die Arbeiterschaft auch ohne Zuchthausgesetz schwer genug gebrangelt werden kann. Es ist aber unabweisbar geblieben, daß diese Vorlage hauptsächlich nur darum im Reichstag eingebracht worden sei, weil Wilhelm II. sich in Erntsprüchen darauf festgelegt hatte. So wurde damals „regiert“! Wir haben gewiß keine Ursache, in unserer heutigen Republik alles wunderlich zu finden, aber angesichts der Bestrebungen, die früheren Zustände wieder herbeizuführen, ist es doch zweckmäßig, solche Erinnerungen anzujähren. Damit eine solche Wirtschaft endgültig überwunden bleibe und alle Versuche, dazu zurückzukehren, von vornherein zur Hoffnungslosigkeit verurteilt sind, müssen auch wir Metallarbeiter bei der bevorstehenden Reichstagswahl nur für die sozialistische Partei stimmen, die grundsätzlich und ehrlich dafür sorgt, daß Monarchismus und „persönliches Regiment“ in Deutschland ein für allemal abgetan bleiben.

Die Zeit wird kommen, in der es jeder Arbeiter und jede Arbeiterin als eine Selbstverständlichkeit, als eine Ehrensache anseht, einem Verbreche anzugehören, um seine Fortschritt zu erhöhen. Nur den organisierten Arbeitern gehört die Zukunft; sie werden die Vornreiter einer neuen Zeit, die kämpfer für eine bessere und gerechtere Ordnung aller unserer sozialen Beziehungen, sie bilden das Fundament für die Organisation einer Gesellschaft, in der es weder Unterdrückte noch Unterdrückte, weder Ausbeutete noch Ausgebeutete mehr gibt.

August Bebel

Ihrer Gläubigen über riesige Geldmittel verfügte, errichtete sie prächtige, prachtvolle Sommerhäuser. Die herrlichen gotischen Formen mittelalterlicher Kirchen mit ihrer verhältnismäßig spärlichen Innenausstattung fanden in letzter Gegenüber zu den damals eklektischen Bauformen, die für die Kirchenbauten das Maß anbringen mußten. Ganz unerwartet ist der Einfluß der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf den Baustil zur Zeit der Mitte des 19. Jahrhunderts und der Entwicklung des Handels in den Städten. Das reiche Handwerk lag sich in den Städten katholische Zunft- und Zunftmeister — Bauräte, die aus dem damals möglichen, aus der Berufsamerikanshaft geborenen Gewerkschaften entsprangen. Vermögende Kaufleute legten einen Teil ihrer im Handel gewonnenen Kapitalien in Bauten an, deren Schönheit und heutige Reize noch auf Wanderungen durch manche alte Städte entzückt. — Das Wachsen der Städte bedingte schließlich auch den Bau von Rathhäusern, in denen die gewerkschaftlichen Interessen der Bürger geregelt werden konnten. Aus diesem Anlaß ist so manche prächtige Gebäude entstanden, das schon durch sein Aussehen zu erkennen gab, daß es der Mittelpunkt einer bürgerlichen Gewerkschaft war.

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Neuzeit zunehmende Industrialisierung, hartes Ausleben der Bevölkerung und die Produktion der breiten Massen mußten selbstverständlich einen überausigen Wandel der Bauformen herbeiführen. Dieser Wandel hat indes keineswegs plötzlich, sondern es trat zum Beispiel Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts ein. Der Stilwandel in der Baukunst ist ein ununterbrochener, gerade die Zeit konnte keine einheitlichen, in sich geschlossenen Stil hervorbringen. Halb findet man sich noch an das Alte an klammern, das nun gefloht und ungezügelt, oft sogar mit unheimlich und unheimlichem Material nachzueilen, halb man bemüht, Neues zu schaffen, das dem Zweck der veränderten Zeit entspricht. Es ist klar, daß aus dieser unheimlichen Mischung, die nicht den Raum zeigte, sich schließlich entweder für das

Der Arbeiterurlaub

Für die allgemeine Durchführung eines genügenden Arbeiterurlaubs tritt der Landesgewerbeamt Dr. Koellisch in der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene“ ein. Arbeit und Ruhe, sagt er, gehören aufs innigste zusammen. Art, Dauer und Verteilung der Arbeitspausen sind daher für das Arbeitsproblem von ausschlaggebender Bedeutung. Neben den längeren Unterbrechungen der Arbeit ist deshalb der Arbeiterurlaub notwendig. Der Organismus soll im Arbeiterurlaub Gelegenheit finden, die Ermüdungsstoffe vollständig zu beseitigen und die in den Luftwegen abgelagerten Staubmengen abzuführen sowie ausgenommener Stoffe sich zu entledigen. Gerade von diesen Stoffen wissen wir, so schreibt Koellisch, daß unter Umständen eine gewisse Anhäufung im Körper stattfindet, bis schließlich durch eine geringfügige weitere Vollauf der Freiheit in die Erholung tritt. Der Körper braucht also eine gewisse arbeitsfreie Zeit, um derartige Schädigungen auszugleichen.

Das gleiche gilt für die geistige Beanspruchung sowie für die psychische Ermüdung. Die Monotonie und Haß der modernen industriellen Betätigung, soziale Verbitterung und wirtschaftliche Sorgen verjagen die Arbeitsfreude. Demgegenüber wirkt die völlige Entfernung aus der Treitmühle der Berufsarbeit, das Gefühl, einmal völlig freier Herr über sich selbst zu sein, anregend auf den Geist wie die Seele.

Bei Jugendlichen können ferner zum Beispiel die bekannten Skelettförmerungen, die Störungen des Herzens und der Sinnesorgane durch zeitweilige völlige Ruhe oder wenigstens Entfernung aus der Arbeit verhindert werden. Auch für die weiblichen Arbeiter ist der Urlaub wegen der stärkeren Reaktion der Frau auf verschiedene gewerbliche Reize sowie wegen der Eigenart des weiblichen Körpers besonders erforderlich. Auch für die älteren Arbeiter ist der Urlaub wichtig, besonders nötig haben ihn die Staub- und Giftarbeiter.

Als Norm soll grundsätzlich ein Urlaub von acht vollen Tagen gelten. Für die Jugendlichen ist ein Urlaub von 2 bis 4 Wochen erforderlich. Daß die Fortbezahlung des Lohnes nötig ist, wenn der Urlaub seinen Zweck erfüllen soll, ist selbstverständlich.

Belastung durch Sozialversicherung

Die Lasten der Unfall-, Angestellten-, Invaliden- und Krankenversicherung sind 1924 ungefähr um 200 Millionen Goldmark höher als 1913. Hieran entfallen 160 Millionen auf die Arbeiter, 40 Millionen auf die Unternehmer. Die Unfallversicherung fällt zu Lasten der Arbeiter und zu einem Drittel der Arbeitgeber, die Erwerbslosen- und Invalidenversicherung je zur Hälfte auf beide Teile. Die Unfall- und Invalidenversicherung wurde in diesem Jahr auf das Umlageverfahren aufgebaut. Die Beitragsätze der Angestelltenversicherung wurden ermäßigt, die der Krankenversicherung dagegen erheblich erhöht. Letztere betragen 1914 4 v. H. des Grundlohnes, gegenwärtig im Reichsdurchschnitt 6 v. H. Bei der Arbeitslosenversicherung ist die obere Grenze der Beiträge 5 v. H. des Grundlohnes, in Wirklichkeit sind aber die Beiträge, besonders dort, wo Beitragsgemeinschaften gegründet wurden, erheblich geringer. Ein gewerblicher Fabrikarbeiter in Berlin trägt eine sozialpolitische Belastung von 6,8 v. H. seines Lohnes, ein landwirtschaftlicher Arbeiter in Brandenburg 6,4 v. H., ein kaufmännischer Angestellter mit einem monatlichen Gehalt von 180 M. 6,4 v. H. Für die Arbeitgeber der drei Gruppen beträgt die Belastung 5, 5, 4 v. H. Für den Arbeiter, der außerdem noch Lohnsteuer und andere soziale Ausgaben entrichten muß, ist die Belastung allerdings sehr hoch und oft brüden, trotzdem ist sie viel geringer, als man nach den Angriffen der Unternehmer gegen die Sozialversicherung anschmen möchte. Für die Belastung der Unternehmer sind aber die von ihnen in der Regel behaupteten Belastungsziffern vollkommen unzutreffend.

Widerstände gegen den gewerkschaftlichen Werbefilm

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns hierzu geschrieben: In Nr. 43 der „Gewerkschafts-Zeitung“ ist in einem Artikel bereits darauf hingewiesen worden, daß demnach ein sozialistischer gewerkschaftlicher Werbefilm erscheinen würde. Es wurde auch angekündigt, welche Widerstände bisher der Schaffung eines solchen Films entgegenstanden haben. Nun ist der Film erschienen. Es zeigt sich aber, daß damit noch lange nicht alle Widerstände überwunden sind, sondern jetzt erst recht einsetzen.

Zu dem Film selbst ist zu sagen, daß die gestellte Aufgabe allgemein gut gelöst wurde. Der Film ist inhaltlich, künstlerisch und technisch auf einer bedeutenden Höhe, eine ganze Reihe von Einzelbildern ist sogar hervorragend schön. Nirgends eine aufdringliche Stimmungsmache, alle Bilder wirken durchaus natürlich. So hat denn der Film, „Die Schmiede“ ist sein Titel, bei den bisherigen Aufführungen in Berlin eine zum Teil gerabezu begeisterte Aufnahme bei dem Arbeiterpublikum gefunden.

Aber gerade die absolut unaufdringliche, jedoch äußerst wirksame Stimmungsmache ist es, was die kapitalistischen Kreise wachgerufen und die neuen Widerstände herausgeholt hat. In Berlin hat man zwar die Aufführung nicht mehr verhindern können. Hier läuft der Film in 17 Theatern. Einige freilich haben versucht, die wirkliche Schlußszenen wenigstens zu unterbinden. In anderen Orten des Reiches hat das Filmkapital es aber verstanden, den Widerstand der Kinobesitzer daran zu organisieren, daß ganze Landesteile die Aufführung bis jetzt abgelehnt haben. Hier können und sollten die örtlichen Gewerkschaften zusammen mit den Ortsausstellungen eingreifen, indem sie von den Kinobesitzern die Aufführung des Films „Die Schmiede“ erzwingen. Es muß das überall möglich sein, da die Mehrheit der Kinobesitzer aus Arbeitstreffen stammt. Da der Film zudem auch für die Reichstagswahl gute Aufklärungsarbeiten zu leisten vermag, so sollten sich die Gewerkschaften dieses wirksame Werbemittel nicht von bürgerlichen und surchsamem Theaterbesitzern aus der Hand schlagen lassen. Wenn's gar nicht anders geht, müssen sie eigene Vorstellungen veranstalten. Sie würden sich damit zugleich auch im Kampfe gegen den diesjährigen Schund und Hitz im Film ein Verdienst erwerben für das die Arbeiterschaft ihnen sicher danken wird.

Alle oder das Neue zu erschaffen, Rißch wurde. Unendlich geistig, wie große Sätze wirkende Mischstufen und geschmackvolle Bürgerhäuser, teilweise profanhaft mit kitschig wirkendem Plakatwerk belastet, tragen heute in der Großstadt jene stillose Zeit an Kulturgrüel ist die einzige Bezeichnung für solche Bauwerke, die freilich ausgezeichnet den „Geist“ der innerlich mocher monarchistischen Zeit widerspiegeln.

Bei einiger Aufmerksamkeit begegnen wir einem merkwürdigen Wandel der Bauformen in der Neuzeit. Zunächst können wir beobachten, daß die auffallendsten Großbauten nicht mehr im Auftrage reicher Fürsten, genugsüchtiger Geldadiprosen und der Kirche errichtet werden. Hauptächlich sollen aus jetzt in den Städten Gebäude auf, die ihre Entstehung den wachsenden Bedürfnissen der Wirtschaft, des ständig sich erweiternden kulturellen, wissenschaftlichen, künstlerischen und politischen Lebens verdanken. Kurz gesagt: das, dem Einzelnen nutzbar gemachte Gebäude tritt zurück und an seine Stelle treten Häuser, deren Sinn in den Bedürfnissen der Massen, der menschlichen Gemeinschaft begründet ist. Riesige Fabrikanlagen und Kontorhäuser entstehen neben Geschäftshäusern und Warenhäusern mit ausgedehnten Ladenzimmern. Wohnhöfe in gewaltigen Ausmaßen werden errichtet und sind hoch, wie zum Beispiel der Leipziger Hauptbahnhof, von höchster architektonischer Wirkung. Die Städte legen ihren Solg bereit, durch schöne Rathhäuser, Stadthallen, Schulbauten und ein breites Krankenhaus, Kraftwerk- und Schlachthofanlagen das Stadtleben zu beleben und das Wachen des Gemeindeflebens zu betonen. Große Theater und Konzerthallen entstehen, um Freude, Kunst und Schönheit den Massen zu vermitteln. Gewerkschaftshäuser in den großen Städten zeugen von der steigenden Macht der Arbeiterbewegung, die durch die Zusammenfassung der schwachen Kräfte der Einzelnen organisatorische Großtaten zustandebringt. Städtegenossenschaften und gemeinnützige Bauvereine schaffen an den Stadtpipherien Heime, in leuchtendem Grün gebettete Grün-

Gewerkschaftsfrage auf dem kommunistischen Parteitag

Die kommunistische Partei hat ihre Stellung zu den Gewerkschaften insofern geändert, als sie ihre Anhänger nun auffordert: Sine in die Gewerkschaften! Über die eigentlichen Beweggründe dieser Paroleänderung ist bekanntlich ein lebhafter Streit entstanden, der, begreiflicherweise, schwer nach der einen oder anderen Seite zu lösen ist. Sollte man die Klärung nicht dadurch fördern können, daß man die Aussprache der maßgebendsten Versammlung der KPD, nämlich die ihres Parteitages zu Rate zieht? Da dies anzunehmend ist, bringen wir eine Anzahl Redestellen, die die Meinung hervortragender Mitglieder der KPD zur Gewerkschaftsfrage wiedergeben. Die Zitate entstammen dem Protokoll des letzten kommunistischen Parteitages in Frankfurt.

Nach dieser Vorauscheidung wenden wir uns dem Parteitagsprotokoll zu. Danach sagte (Seite 335) der Vertreter der Exekutive der KPD, Schwarz, über die Art des Eindringens in die Gewerkschaften:

Wir müssen zu allen Opfern bereit sein, ja im Notfall selbst anfers. Insofern zu Winkeln, zu illegalen Methoden, zur Taktik des Verschleiens nehmen, die Wahrheit verbergen, um nur in die Gewerkschaft einzudringen, dort zu bleiben und dort kommunistische Arbeit zu leisten. Welcher Opportunismus! Wird die Opposition ausruhen. Wagt ihr aber, Genossen, wer dieses opportunistische Zitat geschrieben hat? — Lenin. Alles Gejammer über die Kompromisse ist zwecklos...

Welche Aufgabe sollen nun die so in die Gewerkschaften eingebrungenen wie überhaupt alle Mitglieder der KPD erfüllen? Diese Frage wird wohl am häufigsten beantwortet durch Wiedergabe der wesentlichen Stelle der in der Gewerkschaftsfrage (Seite 332) angenommenen Entschließung:

Die erfahrenen Unorganisierten sind durch die Betriebsräte industriegruppenweise zusammenzufassen, aus ihrer Mitte sind Delegierte zu wählen, die in engen Kontakt mit den revolutionären Betriebskennern der gewerkschaftlich organisierten treten und beschließen, ob und wie die Kämpfe zu führen sind...

Wenn wir diese Sätze richtig zu lesen verstehen, dann sollen die Mitglieder der KPD, also die Leute, die der Gewerkschaft gleichgültig, wenn nicht gar feindselig gegenüberstehen, schließlich aber für sie keine Opfer zu bringen für nötig erachten, über die Kämpfe der Arbeiterklasse mit beschließen. Das ist ein Standpunkt, der der Beachtung der gewerkschaftlich vereinigten Arbeiterschaft wert ist. Für uns Metallarbeiter ist es besonders bemerkenswert, was der Referent der Mittelgruppe des Parteitages über den Metallarbeiter-Verband und seinen Kasseler Verbandstag zu berichten wußte. Er sagte (Seite 323) unter anderem:

Es sind an uns eine Reihe einzelner Fragen herangetreten. Eine der wichtigsten war die Frage der Spaltung des Metallarbeiter-Verbandes, die Anfang Februar plötzlich an uns herantrat. Der AVB hatte ein Ultimatum gestellt, das auf diesem Verbandstag bereits zur Durchführung kommen sollte, und wir mußten deshalb Antwort geben, was zu tun sei. Damals ist die sehr einfache und klare Antwort einstimmig von der Zentrale gegeben worden, daß, weil die Vorbereitung der Spaltung des Metallarbeiter-Verbandes noch nicht durchgeführt, die Massen noch nicht mobilisiert, neue Organe noch nicht geschaffen sind, die Antwort auf dem Metallarbeiterverbandstag nur die sein kann, daß wir insoweit der mangelhaften Vorbereitung nicht die Spaltung auf uns nehmen können. Wir gingen sogar soweit: Selbst wenn die 140 Delegierten auf dem Metallarbeiterverbandstag ausgesprochen werden sollten, so sind dies 140 Einzelentscheidungen. Andernfalls hätten wir uns einfach von den Metallarbeitermassen getrennt.

Seltener: auf dem Kasseler Verbandstag wurde der Amsterdamer Mehrheit von kommunistischen Rednern vorgeworfen, sie, die Mehrheit, arbeite auf eine Spaltung des Verbandes hin, während ihr, der kommunistischen Opposition, die Einheit über alles ginge. Und nun wird einige Monate später von einem, der es wissen muß, kund und zu wissen getan, daß die Kommunisten die Spaltung nur deswegen nicht vollführt haben, weil dazu die Vorbereitungsarbeit noch nicht vollendet war. Wir sind überzeugt, daß die wortführenden Vertreter der kommunistischen Abordnung unseres Verbandstages die erstbeste Gelegenheit ergreifen werden, um den Kasseler Widerspruch zu erklären, damit sich nicht die Meinung verallgemeinert, sie hätte nach der Art und Weise gehandelt, die in dem ersten Zitat dieses Aufsatzes gezeichnet wird. Hierbei sollte gleich gesagt werden, was das für ein Ultimatum gewesen ist, das der AVB dem Verbandstag zur Durchführung gestellt hat. Auch diese höfliche Geschichte heißt der Bekanntmachung. Oder sollte die kommunistische Abordnung in Kassel der Erkenntnis gewesen sein, die auf dem Parteitag der KPD ein Mitglied der Zentrale (S. 328) so ausdrückt:

Genossen, wir müssen die Perle der Theorie, die darauf hinausläuft, neue Gewerkschaften zu schaffen, nicht nur ablehnen, weil die Eroberung leichter ist, sondern noch aus einem viel ernstern Grunde. Wenn wir die Zustimmung zum Austritt geben, das heißt wenn wir zulassen, daß neue Organisationen in irgend welcher Form geschaffen werden, dann geben wir damit zu, daß die neuen Gewerkschaften besser sind als die alten und mehr für ihre Mitglieder erreichen werden. Wir machen so gewissermaßen aus der Not eine Tugend. Wir übernehmen die Verantwortung für die von den Reformisten herbeigeführte Zersplitterung und Schwächung der Arbeiter und stellen gleichzeitig den Massen

rätten, die auch für den Mann aus dem werktätigen Volke die Voraussetzung eines menschenwürdigen Daseins schaffen.

Soll bei allen diesen Schwierigkeiten der neueren Zeit sind neue Stilformen entwickelt worden. Der Stil der Kunst ergibt sich aus dem Zweck der einzelnen Bauwerke. Die beiden Riesenbauten zum Beispiel, die neuerdings in Hamburg errichtet wurden, das Schlösschen und das Ballinhaus, sind dafür Musterbeispiele. In schlichter, strenger Linienführung erwideln diese massigen Eisenbetonbauten imposante Architektureindrücke. Die Sachlichkeit in der Anordnung der ungeduldeten Fenster, das sich terrassenförmig verjüngende Dach und die schlanken Säulen vorstehenden Mauerwerks harmonieren aufs glänzendste mit dem einem solchen Bau entsprechenden Material: den Klinkersteinen. Stellt euch die Unmöglichkeit vor, sich ein neunköpfiges, mitten im Großstadtdreieck stehendes Kontorhaus würde im grasbüschelnden Barockstil erbaut sein! Ein anderes Beispiel: das neue Haus der freien Gewerkschaften in Berlin. Auch hier entwickelte der Zweck des Hauses seine eigene, ihm entsprechende Form: von außen nach innen ist der Bau in ganz sachlichen Formen durchgeführt, wie das einem Haus nützlich, erhebt Arbeit zuzumut und indem die Außenarchitektur dieses Hauses der inneren Raumteilung entspricht, ist eine bauliche Einheit von fast ästhetischer Wirkung entstanden. In solchen Bauten finden wir kein Stillschwebendes, sie stehen in ihrer inneren und äußeren Linienführung klar vor unseren Augen, denen diese Architektonik Freude bereitet. Schaut aufmerksam am auch in den Großstädten, dann werdet ihr eine ganze Menge von Beispielen dafür finden, wie sich allmählich, aber doch mit zwingender Sicherheit ein grundlegender Wandel der Bauformen vollzieht. Mehrere vom Unischen, Nachkommen und Hinwendung zum einfachen, klaren und ästhetisch eindrucksvollen Linie, die sich aus dem richtig erstellten Zweck eines Hauses zwangsläufig entwickeln muß — das wird sich auch bei genauer Beobachtung offenbaren.

einen Wechsel aus, der in drei bis vier Monaten fällig wird. Und ich sage euch: je größer der Zustrom zu diesen Gewerkschaften anfänglich sein würde, um so katastrophaler wäre der unvermeidliche Zusammenbruch. Die Kartei darf deshalb auf keinen Fall ihre Zustimmung zu solchen Neugründungen geben oder sie auch nur schweigend dulden. Die Erfahrungen von 1919 und 1920 sollten allen genügen, um uns vor solchen Torkelungen zu bewahren.

Nicht viel anders lautet das Urteil, das (Seite 327) über die der KPD sehr befreundete Union gefällt wird: „So hat die Union genau so verfaßt und noch schmählicher verfaßt wie die freien Gewerkschaften.“ Der Zustand in den kommunistischen Gewerkschaften wird (Seite 326) so geschildert:

Kommen die Führer der kleinen Organisationen in Schwierigkeiten, so suchen sie nicht die objektiven Ursachen dieser Schwierigkeiten zu ergründen und die Fehler und Mängel bei sich selbst zu erkennen... Der Sinn der revolutionären (selbständigen) Gewerkschaft besteht nach diesen Genossen also nicht darin, Kämpfe gegen das Kapital zu führen oder in diesen Kämpfen sich gegenseitig zu unterstützen, sondern sich gegenseitig die Mitglieder abspenstig zu machen.

Über die Art, wie kommunistische oder, wenn man will, „revolutionäre“ Gewerkschaften zustande kommen, offenbart das Protokoll (Seite 327):

Wir haben weiter einen Fall Dyrlich in Deutschland, der etwas unerhörtes darstellt. Hier in Deutschland ist vor kurzem ein Gewerkschaftsring der Berufsvereine entstanden. An dessen Spitze steht ein Angestellter des Verbandes der Rasenmäker und Decker, Dyrlich. Dieser Mann hat eine neue Organisation geschaffen, für deren Gründung eine der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossene holländische Organisation das Geld gegeben hat. Leute, die in ihrem eigenen Lande nichts wurden, glauben die Mission zu haben, neue Organisationen gründen zu helfen.

Nach alledem dürfte es nicht wundernehmen, daß die kommunistischen Arbeiter keinen Gefallen an der Gewerkschaft finden und massenhaft davonlaufen. In welchem Maße, befragt das Protokoll:

Genosse Redetzky, der Leiter unserer Berliner Gewerkschafts-Abteilung, wußte auf dem letzten Parteitag der Berlin-Brandenburgischen Organisation (Ende März) folgende merkwürdige Tatsache mitzuteilen: Als er vor einem Jahr seine Tätigkeit aufnahm, waren 70 v. H. der Parteimitglieder gewerkschaftlich organisiert, heute nur noch 20 bis 30 v. H.

Es möchte uns fast scheinen, als ob in der KPD, die doch nicht müde wird, den freien Gewerkschaften Parolen, Lehren und Vorwürfe zu erteilen, eine ible Verwirrung herrsche. Unsere Ansicht wird erhärtet von einem Mitgliede der Zentrale, das (Seite 325) meinte: „Diese große Konfusion rührt nur daher, daß unsere Partei bis jetzt noch nicht den tiefen Sinn der Gewerkschaftsarbeit begriffen hat.“

Das, um mit dem Mitgliede der Zentrale zu reden, die KPD „noch nicht den tiefen Sinn der Gewerkschaftsarbeit begriffen hat“, bestätigt unsere Erzählung der Referent der Mittelgruppe (Seite 318) mit folgenden Worten:

„Unsere Grundeinstellung zur Gewerkschaftspolitik muß sein, daß wir die Frage der Massenengewinnung als die Frage der Eroberung der politischen Macht ansehen... Wer die Gewerkschaften behandelt als Institute zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, macht reformistische Fehler, wer die Gewerkschaftsfrage behandelt als eine selbständige Frage der Arbeiterbewegung an sich, der wird einen schweren syndikalistischen Fehler machen.“

Über den Zweck der Weimarer Konferenz, die angeblich eine aus der Arbeiterklasse hervorgehende Veranstaltung sein soll, wird (Seite 321) geschrieben:

Man durfte sich von dieser Konferenz nicht mehr versprechen, als daß es gelang, einen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter in Widerspruch mit ihrer Führung zu bringen auf einer Plattform, die von uns entworfen. Aber dieses Ergebnis mußten wir ausmerzen, weil dieses Ziel unmöglich von der Sozialdemokratie fördern. Aber das wurde nicht einseitig als Einheitsfront von unten weitergeführt. Die Frage wurde falsch gestellt, verzerrt, es kam eine Spaltungslinie heraus, die dann die Verwirrung in unsere Reihen hineintrug... Ohne Festlegung des Termins, ohne konkrete Angaben waren es Arbeitsanweisungen, um die Arbeiter zu mobilisieren in den Betrieben, in den Gewerkschaften, um durch unsere Fraktionen eine breite Opposition in den Gewerkschaften aufzurufen und mit dieser weiten Opposition einen Schritt gegen die Bürokratie weiter zu machen. Soweit der Gedanke dieses Kongresses die Idee der Sammlung der Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie enthielt, war er richtig. Aber daß man dann eine Spaltungsabsicht daraus machte, hat uns als Partei erst in Schwierigkeiten gebracht. Jetzt im Augenblick des Rückzugkampfes, der noch nicht genügenden Verbindungen mit den Massen, in diesem Augenblick kann man die Spaltungsfrage nicht stellen.“

Da es des Zitierens nun wohl genug sein dürfte, sehen wir davon ab, die Stelle, die von „dem Quatsch von der Industriorganisation“ handelt, sowie manche andere lehrreiche Äußerung wiederzugeben. Auch haben wir es möglichst unterlassen, die verschiedenen Äußerungen mit kritischen Bemerkungen zu begleiten, weil wir der Meinung sind, daß die kommunistischen Redner über die Gewerkschaftsfrage, wie sie sie auffassen, mit einer Deutlichkeit gesprochen haben, die schwerlich zu verstärken ist.

Entschlüsse des sozialpolitischen Kongresses

Über diesen internationalen Kongress ist in unserer Nr. 42 ausführlich berichtet worden. Er hat eine Reihe wichtiger Entschlüsse gefaßt, wovon wir heute das Wesentlichste nachtragen. In der Entschließung über den Achtstundentag heißt es:

„In Ermüdung, daß der Achtstundentag den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer gehoben, ihr Familienleben günstig beeinflusst, ihnen größere Möglichkeit zu allgemeiner und beruflicher Ausbildung gewährt, daß Gefühl ihres Eigenwertes verstärkt und ihnen so als Bürger und Produzenten erhöhte Bedeutung verliehen hat, daß nachweislich der Achtstundentag, weit entfernt, die Produktion automatisch zu vermindern, sie sogar zu steigern geeignet ist, besonders dort, wo sie mit einer methodischen Arbeitsorganisation und einer Vervollständigung der Arbeitsmittel Hand in Hand geht... fordert der Kongress, in der Überzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Achtstundentages in allen Ländern am besten durch eine internationale vertragliche Bindung der Regierungen gewährleistet wird, die sofortige und vorbehaltlose Ratifikation des Washingtoner Abereinkommens durch alle Staaten, die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation sind. Er fordert ferner die Einführung einer entsprechenden Gesetzgebung in den übrigen Staaten... Ebenso verlangt er, daß durch ein internationales Abkommen die Höchstzahl der Überstunden, der wöchentlichen Ruhetage und die Urlaube für die Arbeiterschaft geregelt werden.“

In Sachen der Betriebsräte steht der Kongress laut seiner Entschließung auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, die Arbeiter sowohl im Rahmen ihres Berufes als auch ihres Landes zur Mitarbeit an der methodischen Betriebsführung im Interesse einer Steigerung der Produktion heranzuziehen. Er verlangt daher, daß in den Unternehmungen auf geistlichem Wege und unter Anwesenheit an die

besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder Vortretungen der Arbeiter und Angehörigen geschaffen werden, mit der Aufgabe, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften über die Ausführung der Arbeitsverträge zu wachen und an der Ausarbeitung und Einhaltung der Fabrikordnungen in allen Fragen mitzumachen, die sich insbesondere auf die Festlegung der Ruhepausen, der Urlaube und der Ferien, auf die Einhaltung der Mindestlöhne, die in den Tarifverträgen festgelegt sind, auf die Methoden der Lohnzahlung, auf Maßnahmen der Hygiene, der Unfallverhütung und Berufserkrankung, auf die technische Einrichtung und Verbesserung der Betriebe und auf die industrielle und technische Erziehung beziehen... In der Entschließung für die Arbeitslosenfürsorge betont der Kongress die Notwendigkeit, mit Hilfe der Regierungen im Sinne des Ergebnisses der Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation die verschiedenen Maßnahmen weiter auszugestalten, die bis jetzt durch die öffentlichen Arbeitsnachweise und Berufsberatungsdienste, durch Versicherungsanstalten und durch eine zweckmäßigere Verteilung der öffentlichen Arbeiten unter Beachtungnahme auf den Kreislauf des Wirtschaftslebens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen worden sind.

Der Kongress ermahnt die Anhänger des sozialen Fortschrittes in allen Ländern, die Verhütung von Arbeitslosigkeit durch allgemeine wirtschaftliche Maßnahmen sowie insbesondere dadurch anzustreben, daß von den Regierungen die Befolgung einer Politik zur Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus nach den Beschlüssen der internationalen Konferenz in Genua im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas gefordert wird... „

Der Kongress ermahnt die Anhänger des sozialen Fortschrittes in allen Ländern, die Verhütung von Arbeitslosigkeit durch allgemeine wirtschaftliche Maßnahmen sowie insbesondere dadurch anzustreben, daß von den Regierungen die Befolgung einer Politik zur Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus nach den Beschlüssen der internationalen Konferenz in Genua im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas gefordert wird... „

Wer sind die falschlichen Gewerkschaftler?

Erfreuliche Berichte melden aus Italien, daß ein Bureau für den Kampf gegen die falschlichen Gewerkschaften eingegründet hat und daß diese Bewegung von Tag zu Tag an Stärke gewinnt. Die falschlichen Mitglieder sind in jeder Hinsicht mit ihren betriebsweise Millionen Mitgliedern. Der Zeitpunkt, wo diese Kraft zusammengebrochen sein wird, ist vielleicht nicht fern. Eine Zerrüttung der falschlichen Gewerkschaften noch während der Herrschaft des Faschismus kann allerdings dank der den Machthabern zur Verfügung stehenden Zwangsmittel nicht erfolgen. Der Schriftsteller Del Vecchio berichtet: Der Ausgang aus den freien und katholischen in die falschlichen Gewerkschaften war am größten erstens unter den landwirtschaftlichen Arbeitern, sowohl den Lohnarbeitern wie den Halbpächtern und Kleinpächtern, zweitens unter den Arbeitern der staatlich gestützten Industrie, der Seefahrt und in den Betrieben von politischer Bedeutung, drittens Eisenarbeitern, die einer monopolistischen Arbeiterschaft gegenüberstehen, viertens unter den Arbeitern und Angestellten der Selbstverwaltungen und unter einem Teil der Staatsarbeiter. Den falschlichen Organisationen stromten zu: erstens die von der Staatsmacht abhängigen oder an dem Staatsapparat teilnehmenden, zweitens solche, denen die Disziplin der alten Organisation unangenehm war (Landarbeiter) oder gar ihren Interessen widersprach (alle Demobilisierten). Von den zwei Millionen falschlicher Gewerkschaftsmitglieder entfallen auf die Landarbeiter 750 000, auf Privatangestellte 200 000, Post, Transport, Häfen 135 000 Mitglieder. Die Angehörigen der freien Berufe, Lehrer, Schauspieler usw., sind falschlich organisiert an Zahl 150 000. Den freien Gewerkschaften sind zunächst treu geblieben die freie Industrie (mechanische, chemische, Elektricitäts-, Textilindustrie, Bauwesen). Außerdem Gruppen mit gewerkschaftlichen Überlieferungen (graphische Industrie) und die Eisenbahner. Letztere sind der Form nach unabhängig, praktisch aber mit den freien Gewerkschaften verbunden. Allerdings sind später auch die freien Industriearbeiter in großen Scharen den falschlichen Gewerkschaften beigetreten, sie handelten unter dem Zwang der Unternehmer, welche nur falschliche Organisationen einleiten wollten. Deshalb konnten die falschlichen Gewerkschaften im Frühjahr 1924 640 000 Industriearbeiter unter ihren Mitgliedern zählen. Indem dieser Zwang in der letzten Zeit unter dem Druck der öffentlichen Meinung gelodert wurde, können jetzt diese Arbeitergruppen und auch die Transportarbeiter in die freien Gewerkschaften zurückkehren. Bei den katholischen Gewerkschaften verbleiben die landwirtschaftlichen Kleinpächter und die Arbeiterinnen der Textilindustrie.

Der Nahrungsmittelverbrauch der Arbeiter

In den einzelnen Ländern ist sehr verschieden. Auf Grund einer Umfrage des Internationalen Arbeitsamtes wurden aus den einzelnen Ländern die typischen Lebensmittel bezogen. Verbrauchsmengen für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie mitgeteilt. Ähnlich sind die Verbrauchsgewohnheiten der Arbeiterschaft in Frankreich und Belgien, in Südeuropa, in Mitteleuropa, in den skandinavischen Ländern und Holland, in den Vereinigten Staaten und Kanada. Diese Ländergruppen wurden demzufolge vom Internationalen Arbeitsamt zusammenfassend behandelt. Der englische Arbeiter hat in Bezug auf seinen Verbrauch eine Sonderstellung. Die Lebensgewohnheiten in manchen überseeischen Ländern wie in Indien und China eignen sich nicht zu einem Vergleich mit denen der europäischen Arbeiterschaft.

Wie aus den Tabellen hervorgeht, ist der Brotverbrauch am größten in Frankreich und Belgien und in Mitteleuropa. In den übrigen Gruppen beträgt der Brotverbrauch im Vergleich zu Frankreich und Belgien nur die Hälfte, in Skandinavien, den Vereinigten Staaten und Kanada noch weniger. Mehr dagegen wird am meisten in den skandinavischen und holländischen Arbeiterfamilien, dann der Reihe nach in England, Südeuropa und in den Vereinigten Staaten verbraucht. In Frankreich, Belgien und Mitteleuropa wird nur ein Viertel bis ein Fünftel der von den übrigen Gruppen verbrauchten Mengen Mehl verzehrt. Butter ist das Nahrungsmittel der reichen Länder, Mittel- und Südeuropa sind am Verbrauch mit weniger als der Hälfte der übrigen Gruppen beteiligt. Ungefährt ist der Kartoffelverbrauch, der in Mitteleuropa am größten ist, in den übrigen Gruppen mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens viel geringer, nur die Hälfte oder ein Drittel des mitteleuropäischen Verbrauchs. Der Milchverbrauch der skandinavischen Länder und Hollands ist drei- bis viermal, ihr Käseverbrauch dreifach so hoch wie der der anderen Gruppen, die untereinander keine sehr hohen Unterschiede aufweisen. Der Fleischverbrauch der Arbeiterfamilien ist am größten in Amerika und Kanada, ihnen folgen England, Frankreich und Belgien; Mitteleuropa, Skandinavien und Holland verzehren verhältnismäßig sehr wenig Fleisch. In Bezug auf Eier wird in Mitteleuropa im Verhältnis zu den anderen europäischen Ländergruppen ein Viertel, im Verhältnis zu Amerika ein Sechstel verbraucht. Für den Zucker sehen England und die skandinavischen Staaten an der Spitze. Zentraleuropa verbraucht weniger als die Hälfte. Der Kaffeeverbrauch ist groß in Mitteleuropa, Frankreich und Belgien; in England und Südeuropa ist er verschwindend gering. Der Teeverbrauch kommt lediglich im Budget der englischen Arbeiterfamilien, hier aber in verhältnismäßig sehr hohen Mengen in Frage.

Zahl euch nicht nach der Schweiz loden!

Von der Disziplinäre Arbeit unseres schweizerischen Bundesverbandes erhalten wir ein Schreiben, worin Fälle dargelegt werden, wie sich deutsche Arbeiter durch große Verzerrungen — 150 Fr. Stundenlohn, Wohnungszuschuß, Frühstück und 1000 Fr. Entschädigung bei vorzeitiger Entlassung — von deutschen Firmen, die in der Schweiz Schweizerwaren erzeugen, als auch von schweizerischen Fabrikanlagen haben verlocken lassen. Die letztgültigen Protokolle sind natürlich schwer über's Ohr geblieben worden. Dann erst haben sie den schweizerischen Metallarbeiterverband gefunden und hier jämmerliche Klageblätter angeklammert. Da, wie es scheint, in der deutschen Arbeiterschaft die Dummheit nicht alle wird, könnte sich die Gutmütigkeit der schweizerischen Kollegen alle werden und die Leute, die nicht hören wollen, ihrem selbstverdienten Schlaf überlassen. Jeder Kollege merke sich ein für allemal: Niemals eine Stellung im Auslande annehmen, ohne sich bei dem dortigen Verband erkundigt zu haben. Diese Vorsichtsmaßnahme ist vor allem geboten, wenn die suchende Firma eine deutsche ist. Die deutschen Unternehmer sind im Auslande eher noch drehtiger als dasheim.

